

## **Niederschrift**

**über die 13. Sitzung des verfahrensbegleitenden Ausschusses (vbA) zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr (Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen)**

**am Freitag, 7. Februar 2025, 13:00 Uhr – 14:06 Uhr  
Rathaus, Stadt Essen, Porscheplatz 1, 45121 Essen**

### **Anwesende**

<b>Mitglieder:</b>	Alfred Guth	Stadt Bochum, SPD
	Christian Volke	Stadt Bochum, SPD
	Fabian Krömling	Stadt Bochum, GRÜNE
	Hans-Josef Winkler	Stadt Bochum, UWG: Freie Bürger
	Guntmar Kipphardt	Stadt Essen, CDU
	Sven-Martin Köhler	Stadt Essen, CDU
	Christoph Kersch	Stadt Essen, GRÜNE
	Heike Kretschmer	Stadt Essen, DIE LINKE
	Manfred Leichtweis	Stadt Gelsenkirchen, SPD
	Burkhardt Wüllscheidt	Stadt Gelsenkirchen, GRÜNE
	Thomas Grohé	Stadt Gelsenkirchen, DIE LINKE
	Barbara Merten	Stadt Herne, CDU
	Peter Liedtke	Stadt Herne, GRÜNE
	Klaudia Scholz	Stadt Herne, DIE LINKE
Christina Küsters	Stadt Mülheim an der Ruhr, CDU	
Oliver Linsel	Stadt Mülheim an der Ruhr, GRÜNE	
Axel Scherer	Stadt Oberhausen, SPD	
Tim Dobnik	Stadt Oberhausen, GRÜNE	
<b>Verwaltung:</b>	Dr. Markus Bradtke	Stadt Bochum, Dezernent
	Stefan Thabe	Stadt Herne, Dezernent
	Andreas Müller	Stadt Essen, Amtsleiter
	Peter Rogge	Stadt Herne, Abteilungsleiter
<b>Gäste:</b>	Stefan Kuczera	Regionalverband Ruhr
<b>Schriftführer:</b>	Markus Kerstein	Stadt Bochum
<b>Es fehlten entschuldig:</b>	Martin Harter	Stadt Essen, Dezernent
	Christoph Heidenreich	Stadt Gelsenkirchen, Dezernent

Felix Blasch	Stadt Mülheim an der Ruhr, Dezernent
Dr. Thomas Palotz	Stadt Oberhausen, Dezernent
Petra Sigrid Seidemann-Matschulla	Stadt Mülheim an der Ruhr, CDU
Eckart Capitain	Stadt Mülheim an der Ruhr, CDU
Oliver Willems	Stadt Mülheim an der Ruhr, SPD
Johann Licker	Stadt Mülheim an der Ruhr, AfD
Frank Bandel	Stadt Oberhausen, CDU
Holger Ingendoh	Stadt Oberhausen, CDU

<b>TOP</b>	<b>Beratungsgegenstände</b>	<b>Vorlagen Nummer</b>
------------	-----------------------------	----------------------------

### **A) Öffentlicher Teil**

- |     |  |     |
|-----|--|-----|
| 1.  | Begrüßung und Abstimmung der Tagesordnung  |     |
| 2.  | Genehmigung der Niederschrift der 12. Sitzung  |     |
| 3.  | Berichtsvorlage: Verfahrensbeschleunigung bei GFNP-Änderungsverfahren<br>Referent: Dezernent der Stadt Bochum  | 001 |
| 4.  | Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP):<br>64 HER: Jauerstraße<br><i>Referent: Dezernent der Stadt Herne</i>  | 002 |
| 5.  | Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP):<br>65 OB: Grünzug Neue Mitte<br><i>Referent: Dezernent der Stadt Oberhausen</i>   | 003 |
| 6.  | Beteiligungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP):<br>58 BO: Steinhausstraße / Günnigfelder Straße<br><i>Referent: Dezernent der Stadt Bochum</i>  | 004 |
| 7.  | Beteiligungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP):<br>62 BO: VfL-Talentwerk<br><i>Referent: Dezernent der Stadt Bochum</i>   | 005 |
| 8.  | Sitzungstermine 2025   | 006 |
| 9.  | Aktuelle Entwicklungen in der Region <ul style="list-style-type: none"> <li>• 1. Änderung des Regionalplans Ruhr - Windenergie<br/><i>Referent: Herr Kuczera (RVR)</i></li> <li>• Berichtsvorlage: Stellungnahme der Planungsgemeinschaft zur 1. Änderung RP Ruhr<br/><i>Referent: Dezernent der Stadt Bochum</i></li> </ul> | 007 |
| 10. | Anfragen   |     |

### **B) Nicht öffentlicher Teil**

*./.*

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kipphardt, eröffnet um 13:00 Uhr die 13. Sitzung des vbA zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen und heißt die Anwesenden im Rathaus der Stadt Essen herzlich willkommen. Er stellt fest, dass die Tagesordnung für die heutige Sitzung form- und fristgerecht übersandt wurde.

### **1. Abstimmung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung führt Herr Kipphardt aus, dass die Stadt Oberhausen im Vorfeld der Sitzung den Tagesordnungspunkt 5 zurückgezogen hat, der daher von der Tagesordnung genommen wird. Weitere Änderungen gibt es nicht.

### **2. Genehmigung der Niederschrift der 12. Sitzung**

Zur Niederschrift der 12. Sitzung gibt es keine Anmerkungen. Die Niederschrift wird einstimmig beschlossen.

### **3. Berichtsvorlage: Verfahrensbeschleunigung bei GFNP-Änderungsverfahren 001**

*Referent: Dezernent der Stadt Bochum*

Herr Kipphardt ruft TOP 3 der Tagesordnung auf. Auf Antrag von Herrn Mitschke, CDU-Fraktion (Bochum) hat die Verwaltung Maßnahmen zur Beschleunigung von GFNP-Änderungsverfahren ermittelt, die nun vorgestellt werden. Herr Kipphardt ergänzt, dass nach seiner Kenntnis bisher noch kein Bebauungsplanverfahren durch die Dauer eines GFNP-Änderungsverfahrens verzögert worden sei.

Herr Dr. Bradtke, Stadt Bochum erläutert anhand einer Power-Point Präsentation, dass GFNP-Änderungsverfahren relativ lange dauern würden, drei Jahre seien keine Seltenheit. Obwohl für Bebauungsplanverfahren gern vier bis fünf Jahre benötigt würden, hat die Verwaltung unterschiedliche Beschleunigungsmaßnahmen ermittelt. Konkret vorgeschlagen wird, künftig Aufstellungs- und Beteiligungsbeschluss nach Vorberatung im vbA nur noch in der Belegenheitskommune zu fassen, während die anderen Kommunen über diese Beschlüsse nur noch in Form einer Mitteilungsvorlage in Kenntnis gesetzt werden. Hierdurch könnten die Verfahren – ohne Informations- oder Qualitätsverlust – um vier bis sechs Monate verkürzt werden.

Darüber hinaus kann der Aufstellungsbeschluss, wie bei den Verfahren 62 BO: VfL-Talentwerk und 64 HER: Jauerstraße bereits praktiziert, in begründeten Einzelfällen erst im Nachgang zur frühzeitigen Beteiligung gefasst werden.

Eine weitere, bislang noch nicht erprobte Beschleunigungsmaßnahmen stelle der rechtlich mögliche Verzicht auf den Aufstellungsbeschluss dar. Hierbei sei fallbezogen abzuwägen, ob eine entsprechende Vorgehensweise politisch vermittelt werden könne.

Die Verwaltung schlage vor, die praktizierte Vorgehensweise in den laufenden Ratsperioden nicht mehr zu ändern, sondern erst nach der Kommunalwahl mit den neuen Gremien anzuwenden. Daher wird darum gebeten, sich mit den Vorschlägen auseinanderzusetzen und der Verwaltung ein Signal zu geben, ob / welche Änderungen zur Anwendung kommen sollen oder es beim bisherigen Modus Operandi bleiben soll.

Unter Punkt 7 der Vorlage wird ausgeführt, dass mit der Zuständigkeit des MHKBD für die Genehmigung von GFNP-Änderungsverfahren die Anforderungen an die Vollständigkeit der Genehmigungsunterlagen bei Antragstellung erhöht worden seien. Vor diesem Hintergrund fragt Herr

Grohé, Fraktion DIE LINKE (Gelsenkirchen), ob in der Vergangenheit die Unterlagen etwa nicht vollständig gewesen seien.

Herr Rogge führt dazu aus, dass die Genehmigungsunterlagen selbstverständlich auch in der Vergangenheit vollständig vorgelegt wurden, dies allerdings nicht zwingend zu Beginn des Genehmigungsverfahrens: Unter RFNP-Bedingungen und Genehmigung durch das MWIKE hatte die Möglichkeit bestanden, Unterlagen nachzureichen. Dies betraf insbesondere die Dokumentation der abschließenden Ratsbeschlüsse, die in Verfahrensleisten durch alle sechs Oberbürgermeister bestätigt und gesiegelt werden müssen, was nach wie vor sehr zeitaufwändig ist. Diese Unterlagen konnten unter RFNP-Bedingungen nachgereicht werden, während das MWIKE bereits in die inhaltliche Prüfung eingestiegen war. Nun wird vom MHKBD verlangt, dass bereits mit Einreichung des Genehmigungsantrages alle Unterlagen vollständig vorliegen.

Herr Krömling, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Bochum) führt aus, dass seine Fraktion die Vorschläge zur Verfahrensbeschleunigung begrüßt. Der Vollständigkeitshalber wird - auch vor dem Hintergrund eines häufig geforderten Bürokratieabbaus - die Frage gestellt, was die Extremform der Beschleunigung, der Verzicht auf den vbA und den GFNP sowie die Rückkehr zu Einzel-FNP, für Konsequenzen hätte. Der personelle und finanzielle Aufwand für die vbA-Sitzung erscheine ihm angesichts der Tatsache, dass den Vorlagen in aller Regel zugestimmt werde, relativ hoch.

Herr Scherer, SPD-Fraktion (Oberhausen) bittet die Verwaltung, in die Entscheidung zu den Beschleunigungsmaßnahmen auch die Fachausschüsse der einzelnen Städte einzubeziehen, damit dort eine ausführliche Diskussion erfolgen könne.

Herr Dr. Bradtke führt zu der Frage, ob vbA und GFNP abgeschafft werden sollten, aus, nur eine persönliche, nicht mit seinen Fachkollegen abgestimmte fachliche Meinung zu haben, die er aber trotzdem äußern wolle. In den mehr als zehn Jahren, die er sich zunächst mit dem RFNP, dann mit dem GFNP befasst habe, habe es nur ein einziges Bochumer Verfahren gegeben, dass aufgrund der Diskussion im vbA eine vertiefte, substanzielle Veränderung erfahren habe. Die Steuerungsfunktion des GFNP stelle das nach seiner Einschätzung in Frage die Kommunen machten im Grunde bis auf ganz wenige Ausnahmen das, was sie wollten.

Die Frage, ob es Vorteile biete, planmäßig aus dem GFNP auszusteigen, wurde in Bochum in der Verwaltung diskutiert. Bei einem Ausstieg sei zu berücksichtigen, dass jede Stadt einen eigenen FNP aufstellen und diesen interkommunal abstimmen müsse. Herr Dr. Bradtke haben in seinem Berufsleben einen FNP für die Stadt Witten (100.000 Ew.) aufgestellt. Das Aufstellungsverfahren habe gut fünf Jahre gedauert und sei ein ausgesprochen hoher Aufwand gewesen. Der Aufwand einer FNP-Aufstellung für eine Stadt wie Bochum mit rd. 375.000 Einwohnern und den erforderlichen Prognosen und Gutachten (Bevölkerung, Wohnbauflächen, Gewerbeflächen, Umweltprüfung, Gremien und Bezirke etc.) wird sowohl in personeller- als auch in finanzieller Sicht als immens eingeschätzt. Wobei es im Anschluss an das Aufstellungsverfahren zu weiteren Änderungsverfahren kommen würde. Vor diesem Hintergrund sei man zu der Überzeugung gelangt, die Stadt Bochum solle den GFNP nicht einseitig verlassen.

Auch die Symbolik des GFNP sei nicht zu unterschätzen. So können dem Vorwurf des Kirchturmdenkens das gemeinsame Planwerk des GFNP entgegengehalten werden. Zusammenfassend überwiege nach persönlicher, fachlicher Einschätzung von Herrn Dr. Bradtke die Kraft der Kohärenz die vermeintlichen Vorteile der Kleinstaaterei.

Herr Kipphardt stellt abschließend die Frage, wie mit Vorlage umzugehen sei. Er schlägt vor, nicht in der vbA-Sitzung im Mai, sondern im August die in den Städten betriebene Meinungsbildung zu den Vorschlägen der Verwaltung zusammenzutragen und das weitere Vorgehen zu vereinbaren. Da es keinen Widerspruch zu diesem Vorschlag gibt, stellt Herr Kipphardt fest, dass so verfahren wird.

**Der verfahrensbegleitende Ausschuss GFNP nimmt die Berichtsvorlage der Verwaltung über die Verfahrensbeschleunigung für GFNP-Änderungsverfahren zur Kenntnis.**

**4. Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP): 002**

**64 HER: Jauerstraße**

*Referent: Dezernent der Stadt Herne*

Herr Thabe, Stadt Herne, stellt sich als neuer Beigeordneter für Planung der Stadt Herne vor, der im Mai 2024 die Nachfolge von Herrn Friederichs angetreten hat. Anhand einer Power-Point Präsentation stellt Herr Thabe das GFNP-Änderungsverfahren 64 HER (Jauerstraße) vor, für das der Aufstellungsbeschluss angestrebt wird.

Frau Scholz, Fraktion DIE LINKE (Herne) erklärt, dass Ihre Fraktion zustimmen wird, fordert aber die Verwaltung auf, sich mit der an diesem Ort relativ hohen Hochwassergefahr auseinander zu setzen und hierzu Lösungen anzubieten.

Herr Thabe sichert zu, dass das Thema Hochwassergefahr standardmäßig in Bauleitplanverfahren abgearbeitet wird und selbstverständlich auch in diesem Verfahren berücksichtigt werde.

**Der Ausschuss empfiehlt den jeweils zuständigen Gremien der Städte der Planungsgemeinschaft folgenden Beschluss zu fassen:**

Der **<Rat/Ausschuss>** der Stadt **<Name>** beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung der Änderung 64 HER: Jauerstraße zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP) und die Einleitung des entsprechenden Planverfahrens.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE stimmen dafür.

**Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.**

**5. Aufstellungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP): 003**

**65 OB: Grünzug Neue Mitte**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Stadt Oberhausen vor der Sitzung zurückgezogen.

**6. Beteiligungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP): 004**

**58 BO: Steinhausstraße / Günnigfelder Straße**

*Referent: Dezernent der Stadt Bochum*

Herr Dr. Bradtke, Stadt Bochum, erläutert anhand einer Power-Point Präsentation das GFNP-Änderungsverfahren 58 BO (Steinhausstraße / Günnigfelder Straße), für das der Beteiligungsbeschluss angestrebt wird.

Zu dem Verfahren gibt es weder Fragen noch Wortmeldungen.

**Der Ausschuss empfiehlt den jeweils zuständigen Gremien der Städte der Planungsgemeinschaft folgenden Beschluss zu fassen:**

1. Der **<Rat/ Ausschuss>** der Stadt **<Name>** nimmt die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Anregungen und diesbezügliche Stellungnahmen der Verwaltung) zur Kenntnis.
2. Der **<Rat/Ausschuss>** der Stadt **<Name>** beschließt gemäß § 3 Abs. 2 sowie § 4 Abs. 2 BauGB die Veröffentlichung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf Grundlage des vorliegenden Planentwurfs für das Änderungsverfahren zum GFNP 58 BO: Steinhausstraße / Günnigfelder Straße.

Die Fraktion DIE LINKE stimmt gegen den Beschlussvorschlag. Die Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen stimmen dafür.

**Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt mehrheitlich.**

## **7. Beteiligungsbeschluss für ein Änderungsverfahren zum Gemeinsamen Flächennutzungsplan (GFNP): 005**

### **62 BO: VfL-Talentwerk**

*Referent: Dezernent der Stadt Bochum*

Herr Dr. Bradtke, Stadt Bochum, erläutert anhand einer Power-Point Präsentation das GFNP-Änderungsverfahren 62 BO (VfL-Talentwerk), für das der Beteiligungsbeschluss angestrebt wird. Herr Dr. Bradtke geht bei der Präsentation insbesondere darauf ein, dass der Entwurf an verschiedenen Stellen überarbeitet wurde, um Eingriffe in Natur und Landschaft sowie bestehende Waldflächen soweit wie möglich zu reduzieren und eine bestehende Fuß- und Radwegeverbindung über die A 43 zu erhalten.

Frau Scholz, Fraktion DIE LINKE (Herne) erklärt, dass die Fraktion der Linken trotz der erheblichen Umweltauswirkungen dem Antrag zähneknirschend zustimmen wird, da man sich der sportlichen Ertüchtigung der Kinder nicht entgegenstellen wolle.

Herr Krömling, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Bochum) dankt dafür, dass die von seiner Fraktion angesprochenen Themenbereich von der Verwaltung aufgegriffen und in die Planung eingearbeitet worden sind.

**Der Ausschuss empfiehlt den jeweils zuständigen Gremien der Städte der Planungsgemeinschaft folgenden Beschluss zu fassen:**

1. Der **<Rat/ Ausschuss>** der Stadt **<Name>** nimmt die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Anregungen und diesbezügliche Stellungnahmen der Verwaltung) zur Kenntnis.
2. Der **<Rat/Ausschuss>** der Stadt **<Name>** beschließt gemäß § 3 Abs. 2 sowie § 4 Abs. 2 BauGB die Veröffentlichung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf Grundlage des vorliegenden Planentwurfs für das Änderungsverfahren zum GFNP 62 BO: VfL-Talentwerk.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE stimmen dafür.

**Die Beschlussfassung zu dem Verfahren erfolgt einstimmig.**

## **8. Sitzungstermine 2025**

**006**

Der verfahrensbegleitende Ausschuss beschließt an folgenden Sitzungsterminen 2025 zu tagen:

**Freitag, den 09.05.2025, um 13.00 Uhr**

**Freitag, den 29.08.2025, um 13.00 Uhr**

Sitzungsort ist das Rathaus der Stadt Essen, die Vorbesprechungen beginnen jeweils 60 Minuten vor den Sitzungen.

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE stimmen dafür.

**Die Beschlussfassung zu dem Sitzungstermin erfolgt einstimmig.**

## **9. Aktuelle Entwicklungen in der Region**

- **1. Änderung des Regionalplans Ruhr - Windenergie**

*Referent: Herr Kuczera (RVR)*

Herr Kuczera, RVR, erläutert - tlw. anhand einer Power-Point Präsentation - die Vorgehensweise des RVR bei der Festlegung von Windenergiebereichen.

Frau Scholz, Fraktion DIE LINKE (Herne) äußert den Wunsch, dass die Präsentation mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt wird. Diesem Wunsch wird entsprochen.

Herr Dobnik, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Oberhausen) erkundigt sich, ob der Standort einer Windenergieanlage z.B. auf einer Halde bei der zugrunde gelegten Gesamthöhe der Windenergieanlagen von 220m berücksichtigt wird.

Herr Kuczera führt aus, dass die Plateauhöhe des Baugrundes bei der Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit einer Windenergieanlage keine Rolle spiele. Dies führe dazu, dass eine Windenergieanlage, die auf einer Halde oder einem natürlichen Bergrücken errichtet wird, unter Umständen in ihrer optischen Wirkung näher an andere Nutzungen heranrücke.

Herr Krömling, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Bochum) dankt für den Vortrag und erkundigt sich, welche Auswirkungen eine auf Wunsch von Ministerin Mona Neubauer in den Bundestag eingebrachte Gesetzesnovelle für die beabsichtigte Windenergieplanung habe.

Herr Kuczera führt aus, dass eine auf die NRW-Landesregierung zurückgehende Gesetzesinitiative im Bundestag eine Mehrheit gefunden habe und im nordrheinwestfälischen Landtag durch weitere gesetzgeberische Aktivitäten ergänzt worden sei. Die Initiative sei v.a. auf Probleme insbesondere in NRW mit der sogenannten Übergangsteuerung zurückzuführen, das heißt mit der Steuerung der Zulässigkeit von Windenergievorhaben in der Zeit, in der die bundesgesetzliche Privilegierung der Windenergie bereits gelte, die Anpassung der Regionalpläne aber noch nicht rechtswirksam sei. Insbesondere im kreisangehörigen Raum gäbe es die Situation, dass bereits zahlreiche Anträge auf Erteilung eines baurechtlichen Vorbescheides für Windenergielangen außerhalb der in Aufstellung befindlichen Windenergiebereiche gestellt würden. Durch die landesrechtliche Regelung sollten die Genehmigungsbehörden in die Lage versetzt werden, solche Vorhaben für sechs Monate zu untersagen, um den Regionalplanungsbehörden ausreichend Zeit für die Wirksamkeit ihrer Regionalpläne und der damit verbundenen Beurteilung von Windenergievorhaben außerhalb von Windenergiebereichen zu geben.

- **Berichtsvorlage: Stellungnahme der Planungsgemeinschaft zur 1. Änderung RP Ruhr**

007

*Referent: Dezernent der Stadt Bochum*

*Herr Dr. Bradtke, Stadt Bochum*, führt aus, dass sich die Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr mit dem Entwurf zur 1. Änderung des RP Ruhr kritisch-konstruktiv auseinandergesetzt hat und den Entwurf unterstützt.

**Der verfahrensbegleitende Ausschuss GFNP nimmt die Berichtsvorlage der Verwaltung über die Stellungnahme der Planungsgemeinschaft zur 1. Änderung RP Ruhr zur Kenntnis.**

## **10. Anfragen**

Es gibt keine Anfragen.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 14:06 Uhr geschlossen.

## **B) Nicht öffentlicher Teil**

*./.*

**Zum nicht öffentlichen Teil gibt es keine Wortmeldungen.**

Der nicht öffentliche Teil der Sitzung wird um 14:06 Uhr geschlossen.

**Die Präsentationen zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 6, 7 und 9 sind als Anlage beigelegt bzw. stehen auf der Internetseite der Städteregion Ruhr unter <http://www.staedteregion-ruhr-2030.de> als Download bereit.**

**gez. Kipphardt**  
**Ausschussvorsitzender**

**gez. Kerstein**  
**Schriftführung**